

Stete Innovation

Interview mit Göttrik Wewer, Staatssekretär im Bundesinnenministerium, über die Ergebnisse von BundOnline 2005, den beabsichtigten Bürokratieabbau und das Bündnis für elektronische Signaturen.

Herr Dr. Wewer, Sie haben im Februar die Fortschreibung des Umsetzungsplanes für BundOnline 2005 vorgestellt. Wie fällt Ihre Zwischenbilanz der e-Government-Regierungsinitiative aus?

Ich bin sehr zufrieden mit der Entwicklung von BundOnline 2005. Bereits jetzt stehen 188 von rund 400 internetfähigen Dienstleistungen der Bundesverwaltung online bereit, obwohl im letzten Jahr noch einige Dienstleistungen neu dazu gekommen sind. Trotzdem liegt die Initiative voll im Zeitplan. Ab 2006 rechnen wir mit Einsparungen von rund 400 Millionen Euro jährlich. Internationale Studien bescheinigen der e-Government-Initiative der

werden. Was hat man sich unter diesem DeutschlandOnline vorzustellen?

Bundesinnenminister Otto Schily hat den Ländern und Kommunen eine e-Government-Partnerschaft angeboten, um gemeinsam eine e-Government-Strategie für ganz Deutschland zu erarbeiten. Den Bürgerinnen und Bürgern ist es egal, ob der Bund, ein Land oder eine Kommune eine Dienstleistung im Internet anbietet. Sie wollen elektronische Serviceangebote möglichst schnell und einfach in Anspruch nehmen können. Deshalb wollen wir Verwaltungsgrenzen und -ebenen im Internet überwinden. DeutschlandOnline ist Titel und

ment bislang keine Koordination zwischen Bund, Ländern und Kommunen gibt – mit der Folge, dass überall kostspielige In-sellösungen entstehen. Wie kann dies vermieden werden?



Dr. Göttrik Wewer

In einem Punkt irrt die Studie: Mit der vom Bund ins Leben gerufenen Staatssekretärsrunde e-Government gibt es bereits eine Koordination. Wir werden sie weiter intensivieren und verbessern. Dazu haben wir die ebenenübergreifende Strategie DeutschlandOnline entwickelt. Aber richtig ist: Nicht jeder muss im Internet das Rad neu erfinden. Wenn etwa hundert Kommunen jeweils auf eigene Faust eine Online-Kfz-Anmeldung für ihre Straßenverkehrsämter entwickeln, ist das schlicht Geldverschwendung. Mit einem lebendigen Föderalismus hat das jedenfalls nichts zu tun. Wir wollen etwas anderes: Eine integrierte Strategie verspricht vor allem, Insellösungen zu vermeiden, Best-Practice-Projekte zu identifizieren, diese interoperabel zu gestalten und vielen weiteren Nutzerinnen und Nutzern auf allen Ver-

„Das Ziel von DeutschlandOnline ist die Schaffung einer integrierten e-Government-Landschaft in Deutschland.“

Bundesregierung einen Platz unter den Top Ten. Den Schwung dieses erfolgreichen Projekts wollen wir in diesem Jahr auf die Zusammenarbeit mit den Ländern und Kommunen übertragen.

Diese Zusammenarbeit hatte Bundesinnenminister Otto Schily den Ländern und Kommunen auf der diesjährigen CeBIT angeboten. Dadurch soll aus BundOnline „DeutschlandOnline“

Thema dieser gemeinsamen Strategie, die wir gerade intensiv mit Ländern und Kommunen diskutieren. Das Ziel von DeutschlandOnline ist die politische Koordination der e-Government-Aktivitäten auf allen Ebenen, um eine integrierte e-Government-Landschaft in Deutschland zu schaffen.

Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigt auf, dass es beim e-Govern-

waltungsebenen zur Verfügung zu stellen. Damit lassen sich flächendeckend Kosten sparen, Verwaltungsdienstleistungen verschlanken und effizienter gestalten – und das nutzt Bürgerinnen und Bürgern, der Wirtschaft und letztlich auch den Verwaltungen selbst.

Der Branchenverband BITKOM hat kürzlich Forderungen nach einem Masterplan e-Government und der Schaffung einer e-Government-Agentur erhoben. Was entgegnen Sie solchen Forderungen?

„Wir wollen schnelle Fortschritte erzielen und keinen jahrelangen Kompetenzstreit.“

Diese Forderung ist nicht neu und kommt so regelmäßig wie der Sommer jedes Jahr. Ich halte davon nichts. Mit BundOnline 2005 existiert bereits ein e-Government-Masterplan des Bundes, und die Länder haben eigene e-Government-Strategien. Mit DeutschlandOnline wollen wir diese Entwicklungen stärker miteinander verzahnen. Dann haben wir eine gemeinsame Strategie. Die Forderung nach einer zentralen Agentur gehört in die gleiche Reihe wie die nach einem Staatsvertrag für e-Government. Das ist unter den gegebenen Umständen – Föderalismus, kommunale Selbstverwaltung – weder sinnvoll noch erfolgversprechend. Wir wollen schnelle Fortschritte erzielen und keinen jahrelangen Kompetenzstreit.

BundOnline 2005 soll auch Motor für andere Reformvorhaben der Bundesregierung sein. Diese Reformvorhaben sind Bestandteil eines im Februar vom Kabinett verabschiedeten Sofortpro-

gramms zum Bürokratieabbau. Worum geht es hier im Einzelnen und wie sieht der Zeitplan aus?

Ziel des Reformvorhabens der Bundesregierung ist es, durch den Abbau bürokratischer Vorgaben Innovations- sowie Investitionskräfte freizusetzen. Dadurch sollen vor allem der Mittelstand entlastet und Erleichterungen für Bürgerinnen und Bürger geschaffen werden. Teil des Sofortprogramms ist die kurzfristige Bereitstellung weiterer zahlreicher Online-Dienste im Rahmen der e-Government-Initiative

BundOnline 2005, mit denen der bürokratische Aufwand verringert werden kann.

Dazu gehören die Online-Anmeldung von Patenten, die Abgabe von Zollerklärungen über das Internet und die webgestützte Beantragung von Umsatzsteuer-Identifikationsnummern. Der Einsatz von IT spielt damit eine besonders wichtige Rolle bei dieser Reforminitiative. Über das Sofortprogramm hinaus ist ein systematischer Abbau von Bürokratie erforderlich. Daher wird parallel zum Sofortprogramm ein Gesamtkonzept zum Bürokratieabbau erarbeitet, das dem Kabinett noch im Sommer vorgelegt wird.

Ein Schlüsselement beim e-Government ist die elektronische Signatur. Jetzt haben sich Staat und Wirtschaft in einem „Bündnis für elektronische Signaturen“ zusammengefunden. Warum ist dieses Bündnis so wichtig?

Obwohl Deutschland weltweit eine führende Rolle bei der rechtlichen Gleichsetzung der elektronischen Signatur mit der handschrift-

lichen Unterschrift einnimmt, konnten sich elektronische Signaturen im Alltag noch nicht etablieren. Wir sehen jetzt durch die Kooperation im Signaturlbündnis, insbesondere in der Abstimmung gemeinsamer technischer Standards und der Suche nach tragfähigen Geschäftsmodellen, eine große Chance für den Durchbruch der elektronischen Signatur. Sowohl Wirtschaft als auch Verwaltung können vom flächendeckenden Einsatz der elektronischen Signatur profitieren. Nicht zuletzt bei der Realisierung der internetfähigen Dienstleistungen des Bundes im Rahmen der Initiative BundOnline 2005 spielt die elektronische Signatur eine wichtige Rolle.

Welches sind die genauen Aufgaben des Bündnisses und wie soll die Mitarbeit beispielsweise der Kommunen aussehen?

Das Signaturlbündnis hat sich zum Ziel gesetzt, die Verbreitung von Signatur-Chipkarten und die Verfügbarkeit von Anwendungen elektro- ▶

Zur Person

Göttrik Wewer ist seit dem 1. Januar 2003 Staatssekretär im Bundesinnenministerium. Der 49-jährige, der in dieser Position die Nachfolge von Brigitte Zypries antrat, war zuvor Staatssekretär im Niedersächsischen Kultusministerium. Frühere berufliche Stationen des promovierten Politikwissenschaftlers aus Salzgitter waren die Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein und die schleswig-holsteinische Verwaltungsfachhochschule, deren Direktor er zwischen 1991 und 1996 war.

nischer Signaturen zu fördern. In naher Zukunft soll eine Vielzahl von Anwendungen mit jeder beliebigen Chipkarte nutzbar sein. Das Signaturbündnis ist offen für alle Anbieter von Anwendungen, die elektronische Signaturen nutzen. Daher sind wir besonders interessiert daran, dass beispielsweise die Betreiber Virtueller Rathäuser

schaft neben den kommerziellen Dienstleistungen auch Behördengänge vertrauenswürdig und sicher über das Internet erledigt werden können. Signatur- und Verschlüsselungsverfahren gewährleisten die benötigte Integrität, Authentizität und Vertraulichkeit. Neben diesen technikbasierten Ansätzen zur Vertrauensbildung sind aus unserer

e-Government-Landschaft deutlich weiter sein als heute. Alle internetfähigen Dienstleistungen der Bundesverwaltung sind dann online, die gemeinsame Strategie von Bund, Ländern und Kommunen hat erkennbare Fortschritte für die Kunden der Verwaltung, also die Bürger ebenso wie die Unternehmen, gebracht. Der Modernisierungsprozess in den Verwaltungen wird auch über das Jahr 2005 hinaus voranschreiten. Verwaltungsmodernisierung ist schließlich – ähnlich wie in den Unternehmen – ein Prozess der steten Innovation. Gerade die rasanten Entwicklungen im IT-Bereich geben Bund, Ländern und Kommunen neue Impulse zur weiteren Verbesserung ihrer angebotenen Dienste. Das nutzt Bürgerinnen und Bürgern und der Wirtschaft. Sie alle profitieren von einer modernen, kostengünstigen und effizienten Verwaltung.

„Wir sehen durch die Kooperation im Signaturbündnis eine große Chance für den Durchbruch der elektronischen Signatur.“

– sprich die Kommunen – dem Signaturbündnis beitreten. Innerhalb des Signaturbündnisses wurden Arbeitsgruppen zu den Themen „Technische Standards“ und „Geschäftsmodelle“ gebildet. In diesen Arbeitsgruppen werden die durch die Bündnismitglieder definierten Themenfelder bearbeitet und Lösungsvorschläge entwickelt. Die vielfältigen Erfahrungen und Ergebnisse der MEDIA@Komm-Wettbewerbsregionen fließen über deren Bündnisvertreter in die Arbeitsgruppen ein. Es ist geplant, allen Behörden ein Portfolio attraktiver e-Government-Anwendungen im Rahmen der Bund-Länder-Kommunen-Integration zur Verfügung zu stellen. Ich hoffe, dass möglichst viele Kommunen durch die Nutzung von Signaturanwendungen ihren Beitrag zum Erfolg des Signaturbündnisses leisten werden.

Was muss getan werden, um bei den Bürgern die Akzeptanz der elektronischen Signatur zu erhöhen und inwieweit geht Ihre Behörde als Anwender voran?

Bürgerinnen und Bürger wünschen sich wie die Wirtschaft, dass im Zeitalter der Informationsgesell-

Sicht vor allem die Entwicklung eines breiten Anwendungsspektrums und eine kostengünstige Bereitstellung von Chipkarte und Lesegerät von entscheidender Bedeutung. Ich gehe davon aus, dass das nutzbare Anwendungsspektrum durch die Kooperation zwischen Wirtschaft und Verwaltung im Signaturbündnis in den nächsten Jahren stetig breiter wird. Beispielsweise strebt das Bündnis an, dass Bürger mit Signaturkarten der Banken auch Verwaltungsanwendungen, wie die Abgabe der Steuererklärung, Transaktionen im Meldewesen oder diverse Auskunftsverfahren nutzen können. Eine prototypische e-Government-Anwendung einer Behörde stellt die e-Procurement-Plattform des Beschaffungsamtes des Bundesinnenministeriums dar. Diese erlaubt mithilfe der elektronischen Signatur die vollständige digitale Abwicklung einer öffentlichen Auftragsvergabe.

Und ein Blick in die Zukunft: Was passiert nach dem Ende von BundOnline im Jahr 2005?

Im Jahr 2005 wird Deutschland auf dem Weg in eine integrierte

Interview: Sabine Schutz

Web-Service

Die angesprochene Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung entstand in Zusammenarbeit mit dem Beratungsunternehmen Cap Gemini Ernst & Young. Sie trägt den Titel „eGovernment in den Bundesländern“ und kann im Internet unter folgenden Adressen heruntergeladen werden:

- www.de.cgey.com/presse
- www.fes.de/publikationen.html

Lesen Sie in der nächsten Ausgabe (7/2003) von Kommune21 einen ausführlichen Artikel von Willi Kaszowski, Leiter des Autorenteam und des Bereichs Public Services von Cap Gemini Ernst & Young in Berlin, über die wesentlichen Ergebnisse der Studie.

Diese Links finden Sie auch unter www.kommune21.de.